

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten
Projekt Institut für Internationale Entwicklung /
Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Margit Franz, Irmi Hanak,
Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,
Andreas Novy, Herwig Palme,
Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,
Andreas Schedler, Walter Schicho,
Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),
Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),
Helmuth Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),
Dieter Rothmund (Heidelberg),
Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse: **<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>**

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft 2/2001; XVII. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementsbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandels-ges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2001

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVII. Jg., Heft 2, 2001

Austrian Journal of Development Studies

Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit – Überlegungen zur Repolitisierung der Zivilgesellschaft

Schwerpunktreakteur: Andreas Novy

Editorial 117

Artikel

Andreas Novy

Die Beziehung von Theorie und Praxis: Zivilgesellschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit 119

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich 139

Andreas Novy und Silvia Nossek

Wisse, was du tust – Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz 143

Kommentare

Helmuth Hartmeyer

Wisse, was du tust – und tue es mit Bedacht 165

Eva Klawatsch-Treitl

Tu, was du willst! Reflexionen über Schlüsselkompetenzen 169

Alexandra Strickner

Auf der Suche nach einer umfassenden Professionalität 175

Petra Purkarthofer

„Die Gesellschaft, die sich organisiert“ als Utopie demokratischer
Machtverweigerung 181

Joachim Becker

Der progressive erweiterte Staat:
Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre . 193

Karin Küblböck

ATTAC – Potential für gesellschaftliche Veränderung oder Domesti-
zierung von Konflikten? 201

Rezension 211

Über Autoren und Autorinnen 215

Informationen für Autoren und Autorinnen 216

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 117–118

Editorial

Diese Nummer des Journals für Entwicklungspolitik (JEP) nimmt eine Standortbestimmung einer wichtigen entwicklungspolitischen Akteurin vor: der Zivilgesellschaft – und im engeren Sinne der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs). Es ist gerade in Zeiten der Krise und des Übergangs, dass grundlegende Überlegungen und Rückbesinnungen auf die eigene Identität von großer Bedeutung sind. Im Falle der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft ist diese Krise als Sinn- und Identitätskrise ideell, und als Finanzkrise materiell deutlich spürbar. Aus diesem Grunde benötigt eine derartige Reflexion Platz. Das JEP trägt dem Rechnung, indem es diesem Thema eine ganze Nummer widmet. Darüber hinaus organisiert der Träger des JEP, der „Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik“, zusammen mit österreichischen entwicklungspolitischen NROs einen Reflexionsprozess. Die Zivilgesellschaft als ein sozialer Raum der Kommunikation wird genutzt, um die entwicklungspolitische Diskussion zu beleben und der Praxis neue Perspektiven aufzuzeigen. Die zentrale Absicht all dieser umfassenden Bemühungen ist es, den Diskurs zu entfachen, kontroverse Diskussionen auszulösen und Raum zum gemeinsamen Lernen und Reflektieren zu schaffen. Das JEP nutzt somit mit dieser Nummer über Zivilgesellschaft die Zivilgesellschaft als Raum der Kommunikation. Eine eigene Veranstaltung, die „Entwicklungs-Tagung 2001“ im Oktober in Salzburg wird hierbei eine wichtige Rolle spielen, indem sie einen ersten Höhepunkt dieses Reflexionsprozesses darstellen wird.

In diesem Heft gruppieren sich die einzelnen Beiträge um drei Themenkomplexe. Es wird dabei, wie dies in vielen renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften üblich ist, innerhalb des Heftes ein Dialog praktiziert, soweit dies die monologische Grundstruktur einer Zeitschrift zulässt. Die AutorInnen treten innerhalb des Heftes, und hoffentlich darüber hinaus, miteinander in Diskussion.

Der einleitende Artikel von Andreas Novy beschäftigt sich mit dem Einfluss der Theorie auf die Praxis der EZA. Anhand von drei Beispielen wird gezeigt, wie wichtig Theoriebildung für die Praxis der EZA ist. Am Beispiel einer Begriffsklärung von „Zivilgesellschaft“ und „NRO“ wird gezeigt, dass praktische Probleme und Unklarheiten oftmals ihre Wurzeln in theoretischen Ungereimtheiten haben. Am Beispiel des Zusammenhangs von Theorie und Praxis wird gezeigt, wie die liberale Entwicklungstheorie im Gefolge der konservativen Wende immer stärker handlungs- und politikbestimmend wurde. Begriffe wie „Treffsicherheit“ und „Armutsbekämpfung“ gehen in die Praxis der EZA ein und gewinnen eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit und Akzeptanz. Michael Obrovsky konkretisiert dies im folgenden anhand der österreichischen Entwicklung.

wiederum – entsprechend dem Prinzip der Systematisierung von Lernprozessen – immer wieder via Reflexionsprozesse an das gemeinsame Verständnis rückzukoppeln bzw. zu überprüfen sind.

Raum und Zeit für Reflexion und Dialog sind vielleicht gegenwärtig die wichtigsten Ressourcen für die Überwindung der bestehenden Krise der österreichischen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit insgesamt. Die Teilnahme an bzw. Durchführung eines derartigen Reflexions- und Lernprozesses und dessen langfristige Verankerung als wesentlicher Bestandteil des Handelns und als Ausdruck von Professionalität ist eine spannende Herausforderung, die sich lohnen wird. Denn die Praxis der verkürzten Professionalisierung, bei der lediglich die Verbesserung der Arbeitsweise bzw. Umsetzung im Vordergrund steht und optimiert wird, ist angesichts der globalen Probleme und auch gegenwärtigen Krise der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit in Österreich zwar möglich, aber nicht ausreichend.

Alexandra Strickner, ÖFSE (Österreichische Forschungsförderung
für Entwicklungshilfe), Berggasse 7, A-1090 Wien
e-mail: a.strickner@oefse.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 181–192

Petra Purkarthofer

„Die Gesellschaft, die sich organisiert“¹ als Utopie demokratischer Machtverweigerung

„Daher können wir nicht wieder zur militärischen Kraft wie die EPR werden, wir können uns aber auch nicht in eine politische Kraft wie die PRD verwandeln.“

Was also zum Kuckuck?²
(Marcos zit. nach Le Bot 1997: 308)

Die EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*)³ aus dem mexikanischen Bundesstaat Chiapas hat national und international viel Resonanz erfahren. Vor allem ihre wiederholten Aufforderungen zur Selbstorganisation der Gesellschaft fanden Widerhall im Wunsch vieler Menschen, nach mehr Selbst- und Mitbestimmung bei Entscheidungen, die unmittelbar ihr Leben betreffen. Die „Gesellschaft, die sich organisiert“ wurde damit aber auch zum Hoffnungsträger für eine tiefgreifende Demokratisierung, die soziale und ökonomische Gerechtigkeit anstrebt und Differenzen anerkennt. Im folgenden soll versucht werden, das zapatistische Konzept von Zivilgesellschaft zu skizzieren und die Rolle der Zivilgesellschaft für Demokratisierung auf ihre Möglichkeiten und Grenzen zu hinterfragen.

1. EZLN und Zivilgesellschaft

Von Anbeginn formulierte die EZLN das Ideal einer Gesellschaft, in der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit die Möglichkeit zur Konfrontation verschiedener politischer Vorschläge bieten, die nicht nur von politischen Parteien artikuliert werden (vgl. EZLN 1994: 104). Sie plädierte immer wieder für unterschiedliche Formen des Kampfes und des Widerstandes sowie für Anerkennung und Entwicklung anderer Formen von Politik und Demokratie. Bleibt auch die Differenzierung zwischen mexikanischem Volk, an das die meisten Kommunikés gerichtet sind, und Zivilgesellschaft unklar, so findet sich im Aufruf zur *Convenión Nacional Democrática* (Nationaler Demokratischer Konvent, CND) im August 1994 der Hinweis, daß dieser Konvent für all jene Nicht-organisierten und Marginalisierten gedacht sei, die weder Partei noch ein „historisch“ politisches Projekt haben (vgl. EZLN 1994: 302). Der Traum von der Bildung einer Übergangsregierung und einer verfassungsgebenden Versammlung (vgl. EZLN 1994: 296f) durch den Konvent wich rasch einer pragmatischeren Sichtweise. Die CND suche nicht die Macht, sondern sei der Ort, an dem sich Parteilose

organisieren, um von der Macht die Erfüllung der Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit einzufordern (vgl. EZLN 1995: 208). Die Zivilgesellschaft wäre demnach das Regulativ, das die Forderung des *mandar obedeciendo* (gehorchend Befehlen) kontrolliert. *Mandar obedeciendo* war der Titel eines Kommuniqués der EZLN (vgl. 1995: 175f) vom 26.2.1994 im Rahmen der ersten Verhandlungen in der Kathedrale von San Cristóbal, in dem die VertreterInnen der EZLN klar machten, daß sie kein Mandat hätten, über den Regierungsvorschlag zu entscheiden, und deshalb ihre Basisgemeinden konsultieren müßten. *Mandar obedeciendo* meine, daß jene die befehlen, dem Willen der Menschen gehorchen, von denen sie das Mandat zu befehlen erhalten haben, kurz Demokratie.

Auch wenn die CND vom 8. August 1994 mit 6.000 TeilnehmerInnen und aufgrund der logistischen Leistungen der EZLN ein beeindruckendes Ereignis war, mußte sie jedoch hinter den so hoch gesteckten Erwartungen und Zielen weit zurück bleiben. Entsprechend der Weigerung der EZLN, die Macht zu ergreifen, verweigerte sich die Zivilgesellschaft der ihr zugesprochenen Macht und kam über eine politische Positionierung im Sinne der Anerkennung und Unterstützung der zapatistischen Forderung nicht hinaus. Die EZLN hatte mit der CND genau das Gegenteil dessen erreicht, was sie wollte: nämlich Bestätigung ihrer avantgardistischen Rolle anstatt konzeptioneller Erweiterung. Trotz aller fruchtbaren Diskussionen tendierte das Happening der Zivilgesellschaft zu performativer Affirmation der eigenen Existenz. Carlos Monsiváis schreibt rückblickend über das Zusammentreffen:

„Der Konvent ist ein Fest, ein Marathon der Unannehmlichkeiten, ein Akt der Massen und, was soll's, eine Sitzung traurigen Illusionismus.“ (in: EZLN 1998: 458)

Selbst angesichts der Tatsache, daß an der folgenden Sitzung der CND nur mehr 500 Personen teilnahmen, kann Subcomandante Marcos, der Sprecher der EZLN, der CND doch Positives abgewinnen. Mit der CND entstehe der zivile Zapatismus, zu dessen formaler Organisation in der EZLN (*Frente Zapatista de Liberación Nacional*) die EZLN (vgl. 1998, 86f) in der Vierten Deklaration der Selva Lacandona im Januar 1996 aufrief. Hier erging auch der explizite Hinweis, daß seine Mitglieder nicht Inhaber öffentlicher Ämter sein dürfen. In einem Interview mit dem französischen Soziologen Yvon Le Bot (vgl. 1997: 258) weist Marcos darauf hin, daß sich dieser zivile Zapatismus nach wie vor im Übergang von einem Solidaritätskomitee zu einer politischen Organisation befinde. Er unterscheidet auch diesen vom ursprünglichen Zapatismus der EZLN und der indigenen Dorfgemeinden sowie vom sozialen Zapatismus. Letzterer umfasse all jene, die mit den zapatistischen Forderungen sympathisieren, aber anderen politischen und sozialen Organisationen angehören (vgl. auch Brand 1997). Das Ziel dieser Unternehmen sei die Organisation jener politischen Kräfte, die in der repräsentativen Demokratie kein Gehör finden, weil sie sich nicht den Parteien ein- oder unterordnen. Folgerichtig integrierte die EZLN hunderte Berater in die Verhandlungen mit der mexikanischen Regierung über indigene Rechte und

Kultur. Auch wenn diese Einbindung indigener Organisationen und ExpertInnen als demokratische Erneuerung herkömmlicher Verhandlungsformate zu würdigen ist, bleibt die Frage nach den Auswahlkriterien im Dunkeln. Diese Selektivität hob die EZLN allerdings mit der Organisation des *Foro Nacional Indígena* im Jänner 1996, das als einzigartige Anstrengung gesehen werden kann, der unabhängigen indigenen Bewegung ein Forum zu bieten, um sich überhaupt erst als solche zu konstituieren. Daraus entstand der Nationale Indigene Kongreß (*Congreso Nacional Indígena*), der vor kurzem bereits zum dritten Mal tagte. Das Spektrum der eingeladenen Berater war nicht auf identifizierte SympathisantenInnen beschränkt, sondern sehr breit. So stand zum Beispiel der heutige Präsident Vicente Fox auf der Liste der für die zweite Verhandlungsrunde über Demokratie und Gerechtigkeit eingeladenen Personen. Das *Encuentro Intercontinental por la Humanidad y contra el Neoliberalismo* im Juli/August 1996 war der Versuch, ein internationales Netzwerk partikularer Widerstände zu organisieren, das weder Zentrum noch Hierarchie kenne. „Das Netz sind alle die miteinander sprechen und einander zuhören.“ (EZLN 1998: 350) Es sollte ein interkontinentales Netzwerk sein, um sich über Alternativen zum Neoliberalismus zu verständigen.

Kurz vor der Suspendierung des Dialogs mit der Regierung im September 1996 schrieb Marcos ein Kommuniqué, in dem er die Zivilgesellschaft befragt, ob sie sich an die EZLN erinnern könne. Metaphorisch drückt Marcos seine Ratlosigkeit von der Spitze eines Ceiba-Baumes aus und unterzeichnet mit: „Der Sup, der sich weigert anzuerkennen, daß er nicht weiß, wie er wieder hinunter kommt ...“ (EZLN 1998: 373) Auch im bereits erwähnten Interview mit Le Bot (vgl. 1997: 308) klagt er, daß alle von der EZLN verlangen, sich festzulegen, aber niemand Vorschläge bringe wie oder wofür. Selbst nach der Suspendierung der Verhandlungen brach die EZLN die Kommunikation mit der Zivilgesellschaft nicht ab. Im September 1997 marschierten 1.111 ZapatistInnen nach Mexiko Stadt, um den Gründungsfeierlichkeiten der FZLN und der Eröffnung des zweiten Nationalen Indigenen Kongresses beizuwohnen. Im November 1998 kam es zu einem weiteren „Treffen mit der Zivilgesellschaft“ in San Cristóbal de las Casas. Am 21. März 1999 organisierte die EZLN mit Unterstützung verschiedener Organisationen bereits ihre zweite *Consulta Nacional* (nationale Befragung), in der die Zustimmung zum Abkommen von San Andrés zur Frage stand und an der 2,8 Millionen mexikanischer StaatsbürgerInnen teilnahmen. Es würde zu weit führen, hier in additiver Weise die unzähligen Treffen und Aktionen anzuführen. Hervorzuheben sind die logistischen und organisatorischen Leistungen der EZLN und FZLN, die einem vielfältigen Publikum ein angeregtes Diskussionsforum boten.

2. Die Zivilgesellschaft in Opposition zur Macht

Die Frage nach der Definition der scheinbar geschlechtsneutralen und klassenlosen Zivilgesellschaft umgehend, möchte ich mich dem Phänomen der Zivilge-

sellschaft von anderer Seite nähern. Jedes begriffliche Subjekt besitzt zu seiner Anrufung und Konstruktion eine zugeschriebene Identität. Diese hat einen Kern und ein Anderes, dem gegenüber sie sich konstituiert. Das Andere der nationalen Zivilgesellschaft ist das System der Staatspartei, die politische Klasse, die Macht, die es zu kontrollieren gilt. Das Andere der internationalen Zivilgesellschaft ist der Neoliberalismus, das weltweite Wirtschaftssystem, in dem nur existiert, wer konsumiert und verkauft.⁴ Die Opposition gegen dieses Andere ist die Klammer, das Verbindende der Zivilgesellschaft. Auch wenn viel von der Suche nach Alternativen, nach neuen Formen von Politik, die Rede ist, so ist die Ausbeute kärglich. Die Problematik liegt in der Konstitution des politischen Subjekts. Das „Eigene“, die Zivilgesellschaft, „eine Welt, in der viele Welten Platz haben“ muß bis auf Weiteres unbestimmt bleiben. Dies ermöglicht Anerkennung von Differenzen, verhindert aber die Formulierung konkreter Handlungsstrategien. Was bleibt, ist die Anerkennung, daß jeder in seinem Raum und mit seinen Mitteln gegen das Andere Widerstand leisten wird.

Oft wurde die Weigerung der EZLN, die Macht zu ergreifen, als postmoderne Wende der Guerrilla gefeiert. Die Abneigung gegen die politische Macht als korrumptibles und dunkles Zentrum des Leviathans steht in Verbindung mit der mexikanischen Erfahrung des Systems der Staatspartei. In der Regel sind die Zentren politischer Macht nicht so leicht zu identifizieren (vgl. Ulrich Brand im Interview mit Ceceña 1997a: 125). Die zentrumsorientierte Machtdefinition widerspricht auch dem Verständnis spontan agierender Netzwerke. Die Weigerung, Regierungsfunktionen auszuüben oder Parteipolitik zu gestalten, bedeutet nicht, nicht machtvoll agieren oder politisch handeln zu können. Natürlich ist dem Terminus der Zivilgesellschaft konzeptionelle Opposition zum Staat immanent. Doch eine Weigerung, Regierungsämter zu übernehmen, oder die Forderung des Endes eines starren Regimes bedeutet nicht politische Opposition zum Staat an sich, sehr wohl aber seine Ablehnung in Verkörperung der Staatspartei (vgl. auch Nolasco 2000: 223). Die fehlende Beschäftigung mit dem Staat als solchem in den Kommunikatiken sticht für uns angesichts seines zentralen Stellenwertes in der deutschsprachigen politischen Theorie ins Auge. Da der Staat vom PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) aber absolut besetzt war, reklamierte die EZLN über historische und revolutionäre Symbole die Legitimität der Nation für sich (vgl. dazu auch Rajchenberg/Héau-Lambert 1996 und Hufschmid 1997). Die Nation als Raum der Kultur, der historischen Identität und des Widerstandes steht gegen den Raum des Staates, der mit der dominanten Klasse identifiziert wird (vgl. Ceceña 1996: 16).⁵ Zudem hängt die Abkehr vom Staat wohl auch damit zusammen, daß „die Versuche, die Gesellschaft durch den Staat zu transformieren“, ihre Zielsetzungen nicht erreicht haben (Holloway 1997b: 149) und daher die Alternativen in der Zivilgesellschaft gesucht werden. Nicht die Gesellschaft, sondern die Regierung tendierte nach Marcos (zit. nach Le Bot 1996: 282) zu Diktatur, Autoritarismus und Korruption und müsse daher von der Gesellschaft kontrolliert werden. Patricio Nolasco (2000: 221) verweist darauf, daß die Trennung in Regierende und Regierte das zentrale Element im

Verhältnis zum Staat darstelle. Eine scharfe Trennlinie zwischen Staat und Zivilgesellschaft wäre kein Beweis für Demokratie (vgl. Schedler 1996: 239). Im Gegenteil, die Partizipation der Zivilgesellschaft bedarf der Verbindungslinien, wobei wieder offen bleibt, wie diese Kooperation gerade aufgrund der mexikanischen Erfahrungen aussehen soll, um der Gefahr der Kooptation, Vereinnahmung und Kontrolle zu entgehen. Brand et al. (2000: 137) sprechen die Gefahr der Einbindung der Zivilgesellschaft in ihrer Kritik des Global Governance Konzeptes an:

„Nicht Emanzipation, größtmögliche gesellschaftliche Einflußnahme und pluralistische Machtkontrolle stehen im Vordergrund solcher Überlegungen zur Zivilgesellschaft, sondern deren Rolle als ökonomische und politische Effizienzressource und als extraökonomische Produktivkraft.“

– und als Quelle der Legitimation staatlichen Handelns, würde ich noch hinzufügen.

Obwohl Marcos im Interview mit Le Bot (vgl. 1997: 282f) darauf verweist, daß es der EZLN um Anerkennung verschiedener Formen von Demokratie gehe, muß sie in ihrer teilweise skeptischen Haltung zu Wahlen und Parteipolitik Kritik von Armando Bartra (1997: 160) einstecken:

„Das Problem besteht darin, daß mit dem Abwenden der EZLN von der Wahlpolitik, sie sich auch vom Weg lossagte, der heute von Abermillionen Mexikanern beschritten wird; Staatsbürger, die überzeugt sind, daß der Kampf mittels der Wahlstimme der Mühe wert ist und daß die Machtausübung mittels eines Regierungspostens nicht nur legitim, sondern auch eine der größten Herausforderungen wahrhafter Demokraten ist.“

Unter dem Hinweis auf die Kämpfe, wer im Bezirk San Andrés in Chiapas nun die Wahlen gewonnen habe, verdeutlicht er, daß der Kampf um gehorchendes Befehlen eben auch ein Kampf um die Macht im Sinne gehorchenden Regierens sein könne.

Auf internationaler Ebene ist die Forderung nach Zivilgesellschaft noch verschwommener. Daß diese auch nicht frei sei von der Selbstdarstellung von Intellektualität in entsprechender Konjunktur, wird in einem Artikel von Jens Winter (1997: 170) angesprochen. Die unterschiedlichsten Persönlichkeiten und Gruppierungen fänden sich auf den zapatistischen Treffen ein, um angeblich über dasselbe zu reden. Friederike Habermann stellt dazu kritisch fest, daß man noch nicht wisse, ob man sich wirklich einig sei, da die Diskussion zum Beispiel über das Verständnis von Neoliberalismus gerade erst begonnen habe (vgl. Interview mit Ceceña 1997a: 122). John Holloway (vgl. 1998: 45) bringt den kleinsten gemeinsamen Nenner aller solidarischen Kämpfe auf die zapatistische Formel des Ya Basta! Diese „inhaltlich eher leere Losung“, die zwar zur Kommunikation einlädt, birgt allerdings nach Anne Hufschmid (1997: 144) auch eine Gefahr in sich: „[J]eder legt sich je nach Gusto seinen eigenen kleinen Zapatismus zurecht.“ Amüsiert erzählt Marcos Le Bot (vgl. 1997: 345f) im Interview, wie verwirrt die Armee wohl gewesen sein muß, als sie im Februar 1995 die Bibliothek in Guadalupe Tepeyac entdeckte. Dort fanden sich neben Lenins gesammelten Werken sogar Schriften von Kim Il Sung, Bücher, die

allesamt SympathisantInnen geschickt hatten. Ein ähnliches Phänomen findet sich auf der Ebene der wissenschaftlichen Analysen. Ulrich Brand (vgl. 2000: 10) setzt „Chiapas“ im Untertitel seines Sammelbandes „Reflexionen einer Rebellion“ unter Anführungszeichen, um auf die vielfältigen Zugänge und Interpretationen hinzuweisen.⁶ Umgekehrt nennt Armando Bartra Chiapas den Aleph, nach Jorge Luis Borges jener Punkt, der alle anderen Punkte des Universums enthält, bzw. von dem aus sich alle anderen Punkte des Universums betrachten lassen.⁷ Die an sich demokratische Idee des Netzwerkes ohne Zentrum und Hierarchie, in der Informationen ausgetauscht und Aktionen koordiniert werden können, stößt schnell an seine Grenzen und darf nicht überschätzt werden. Massimo de Angelis verwies in einer Diskussion am Rande des *Encuentro Intercontinental* darauf, daß spontane Aktionen wichtig, aber nicht ausreichend seien (vgl. Interview mit Ceceña 1997a: 123). Die Stärken eines offenen Netzwerks sind Spontaneität, Flexibilität und Offenheit, die vielfältige kontextuale und dann erst vergleichende, Ähnlichkeiten suchende Analysen sowie unerwartete Aktionen des Widerstandes ermöglichen. Gerade diese nachdenkliche Kreativität bedeutet aber auch eine Schwäche, denn effektives Handeln im politischen Feld der Realpolitik bedarf eines konstituierten politischen Subjekts, das Positionen und Konzepte identifiziert, präsentiert und umzusetzen versucht.⁸

3. Die Zivilgesellschaft als Ort der Utopie

Trotz ihrer Positionsverweigerung hat die EZLN nicht nur national, sondern auch international große Resonanz erfahren. Indem sie sich gegen das System der Staatspartei, gegen Klientelismus, gegen die NAFTA, gegen den Verkauf der natürlichen Ressourcen Mexikos und gegen Rassismus stellte, kombinierte sie lokale und globale Problematik (vgl. Le Bot 1997: 94ff; Ceceña 1996: 15) und mobilisierte weniger die Arbeiterschichten als vielmehr die Mittelschicht, Künstler und Intellektuelle. John Holloway (vgl. 1998: 44) findet weitestweitere Ähnlichkeiten in der Restrukturierung der sozialen Beziehungen durch den Neoliberalismus, die es ermöglichen, daß sich auch international viele Organisationen mit den Forderungen der EZLN identifizieren konnten. Hierbei nennt er die Reorganisation des Produktionsprozesses durch Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien, zunehmende Verschuldung und Arbeitslosigkeit, steigende soziale Unsicherheit, zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich sowie Unterordnung weiterer Teile des sozialen Lebens unter die Logik des Marktes. Öfter noch als die Ähnlichkeiten der materiellen Bedingungen wird aber die hoffnungsspendende Konstruktion einer neuen Utopie genannt. Angesichts der Erfahrungen des Realsozialismus in der ehemaligen UdSSR, aber auch der Lektionen aus Kuba oder der Wahlniederlage der Sandinisten will die EZLN kein politisches oder ökonomisches System zwangsweise installieren (vgl. Marcos zit. nach Semo 1996: 61), da nicht die Inhalte, sondern die Formen von Politik gescheitert wären (vgl. Marcos zit. nach Gelman 1998: 134). Daher ersetzt sie sozialrevo-

lutionäre Parolen durch Werte wie Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit, durch die langfristig die Entscheidung über Inhalte gewährleistet werden soll. Durch die Aufhebung der hierarchischen Beziehung zwischen politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft soll ein Raum geschaffen werden, in dem unter gleichen Konditionen und unter bestimmten Regeln, mit denen alle einverstanden seien, entschieden werde, wie das System aussehen soll (vgl. Marcos im Interview mit Juan Gelman 1998: 134). Wie die Aufhebung dieser hierarchischen Beziehung gewährleistet werden soll, bleibt offen. Ein erster Schritt könnte die Stärkung und Organisation der Zivilgesellschaft sein. Allein, die Stärkung der Zivilgesellschaft und Kommunikation mit der politischen Gesellschaft schafft noch kein Ende ökonomischer Ungerechtigkeit oder eine verfassungsgebende Versammlung für einen neuen sozialen Pakt. Dieser demokratische, freie und gerechte Raum ist nirgendwo. Gerade darin besteht das Utopische. Auch die viel beschworene Zivilgesellschaft kann diesen Anforderungen nicht genügen. Die Ausweitung der Marktlogik auf immer weitere Bereiche erfaßt auch den Sektor zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Forderung nach Stärkung der Zivilgesellschaft muß sich aufgrund deren finanzieller Abhängigkeit mit der Frage des „selbstregulierenden Marktes der Interessen“ auseinandersetzen. Bürgerinitiativen, NGOs und soziale Bewegungen repräsentieren einen Markt der Interessen, der – immer mehr durch Spenden und Geldgeber gesteuert – in Gefahr gerät, dem „selbstregulierenden“ Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage zu unterliegen.

Die Forderung nach neuen Formen von Politik läßt die Frage nach dem Wie aufkommen. Der Ruf nach mehr direkter Demokratie sowie einer neuen Beziehung zwischen Regierenden und Regierten (vgl. Moguel im Interview mit Ceceña 1997b: 145) im Sinne transparenter Regierungsführung und der Möglichkeit, die Regierenden zur Verantwortung zu ziehen, sind konkrete Forderungen an das politische System Mexikos. Auch wenn die Wahlrechtsreform hinter den Erwartungen der Opposition zurückblieb und die Staatsreform erst andiskutiert wurde, sind die Forderungen klar und auf dem Wege demokratischer Reformen erreichbar. Was ist allerdings mit Partizipation der Zivilgesellschaft gemeint? Soll diese über Konsultationen, Vorschlagsrecht oder Einbezug in den Entscheidungsprozeß gewährleistet werden?

In einem kürzlich geführten Interview mit Carlos Monsiváis (vgl. 2001) erklärte Marcos die Resonanz auf das Konzept der Zivilgesellschaft damit, daß jeder sich in diesem Konzept wiederfinden könne. Es sei das Gefühl entstanden, an etwas teilzuhaben, ohne sich registrieren zu lassen oder einer Organisation beitreten zu müssen. Dem liegt der Wunsch zugrunde, an der Konstruktion von Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit zu partizipieren. Die entscheidende Frage des Wie kann sie, wie die EZLN bereits in der vierten Deklaration der Selva Lacandona selbst eingesteht, nicht beantworten:

„Unsere Projekte als unabhängige Opposition haben einen Mangel, der sich heute immer entscheidender auswirkt: Wir wenden uns gegen ein Projekt für unser Land, das seine Zerstörung impliziert, aber wir verfügen über keinen Vorschlag für eine neue Nation, einen Vorschlag der Rekonstruktion.“ (EZLN 1998: 86)

4. Die Zivilgesellschaft als demokratisches, klassenloses, geschlechterregalitäres Paradies?

Die „Gesellschaft, die sich organisiert“ impliziert zwar Mobilisierung, sagt aber nichts über die Form der Organisation. Nach der EZLN bestehe die Alternative nicht darin, die Stufen von oben nach unten zu kehren, sondern die Stufen, sprich die hierarchischen Machtverhältnisse, abzuschaffen (vgl. Ceceña 1998: 146). Aber selbst in einem für alle offenen Netzwerk können sich Zentrum und Hierarchie herausbilden:

„Informelle Netzwerke führen aber oft dazu, dass mächtige Interessen sich noch leichter durchsetzen können, weil wirksame Regeln und Kontrollmechanismen fehlen. Netzwerke können nicht per se schon deshalb positiv bewertet werden, weil in ihnen Kooperation stattfindet. Sie können die Form der ‚organisierten Unverantwortlichkeit‘ annehmen, weil nur partikuläre Interessen zur Geltung gelangen.“ (Brand et al. 2000: 132)

Nach Gramsci ist die Zivilgesellschaft der Ort der Produktion kultureller Hegemonie. Gramsci denkt zwar die Möglichkeit der Konstitution von Gegenhegemonie mit, seine Zivilgesellschaft dient aber der Legitimation staatlicher Herrschaft. Sie ist demnach kein anti-staatliches Konzept, sondern steht in Referenz und Beziehung zum Staat. Gramscis (1991: 772f) Unterscheidung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft gleicht der Unterteilung in Regierende und Regierte durch die EZLN. Über die Herstellung kultureller Hegemonie in den Bereichen ziviler und politischer Gesellschaft wird bei Gramsci staatliche Ordnung hergestellt und gestützt. Aber weder zivile noch politische Gesellschaftssphären sind frei von Machtverhältnissen oder maskulinistischer Hegemonie (vgl. Sauer 2001). Verortet man Zivilgesellschaft zwischen öffentlicher und privater Sphäre, so bleibt zum Beispiel die Familie als Ort hierarchischer Geschlechterverhältnisse und deren Reproduktion außen vor. Basiert die Organisation der Zivilgesellschaft auf Kommunikation und spontanen Aktionen, so kann sie ein Regulativ im demokratischen Sinn sein, aber sie ist damit noch kein konstituierter politischer Akteur. Selbst Marcos spricht von bestimmten Formen von Demokratie, die für bestimmte Ebenen effektiver sind als andere:

„Wir meinen daher, daß repräsentative Demokratie auf bestimmten Ebenen funktioniert oder funktionieren kann, sofern sie als solche wirklich existiert. Aber die Demokratie der Dorfgemeinschaften, die direkte Demokratie oder die soziale Demokratie funktionieren auf anderen Ebenen.“ (zit. nach Le Bot 1997: 283)

Staat und Zivilgesellschaft sind demnach Räume, die sich durch Beziehungen (auch zueinander) konstituieren. Diese Beziehungen und ihren Zweck gilt es, differenziert zu analysieren. Der Staat, verstanden als Organisationsform einer politischen Gemeinschaft, handelt nicht von sich aus gezwungenenmaßen autoritär. Umgekehrt gehorcht zivilgesellschaftliches Handeln nicht notwendigerweise demokratischen Regeln. Auch Zielsetzungen wie Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit sind keine immanenten Charaktereigenschaften der Zivilge-

sellschaft. Auf diese Tatsache verweist auch Monsiváis (vgl. in EZLN 1998: 460). Wie kann garantiert werden, daß die Zivilgesellschaft den Gemeinwillen, im Sinne Rousseaus das Wohl der Gemeinschaft, und nicht Eigeninteressen oder die Interessen der Geldgeber verfolgt? Kann sie das überhaupt leisten? Wird hier nicht ein Konzept als Projektionsfläche politischer Hoffnungen und enttäuschter Sehnsüchte überstrapaziert?

Es erscheint mir überzogen, von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sehr wohl als Regulativ und durch Verfolgung spezifischer Interessen sehr viel für Demokratie und Gerechtigkeit leisten können, die Ausarbeitung demokratischer Reformen oder ökonomischer Alternativen zu erwarten. Die meisten Staatstheoretiker nehmen für ihre Utopie der Entstehung des sozialen Paktes einen Zustand an, in dem autonome, scheinbar geschlechtslose Individuen, ohne ökonomische, politische oder soziale Position über den Inhalt des Gemeinwillens entscheiden. Wofür wir unsere Stimme erheben, ergibt sich aber gerade aus unserer persönlichen Erfahrung und Stellung im gesellschaftlichen Gefüge. Die EZLN fordert zwar die Anerkennung von Differenzen nimmt aber für ihre Utopie ebenfalls einen Zustand an, in dem durch Aufbrechen hierarchischer Beziehungen Gleichwertigkeit der Stimmen erreicht werden könne. Die Kritik der EZLN an der repräsentativen Demokratie zeigt, daß das Wahlrecht alleine ihrer Meinung nach dazu nicht ausreichend sei, weil damit nicht notwendigerweise strukturelle Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden. Das Aufbrechen von Machtverhältnissen ist aber damit Voraussetzung und gleichzeitig Ergebnis der Kommunikation zwischen politischer und ziviler Gesellschaft.

Ist es hilfreich Staat, Markt und Zivilgesellschaft als abstrakt gefaßte Konzepte mit normativen Adjektiven zu füllen und sie gegeneinander zu setzen?⁹ Als WissenschaftlerInnen sollten wir vielmehr empirisch untersuchen (vgl. auch diese Forderung von Schedler 1996), wo und in welchen Räumen (auch in der Beziehung dieser Räume zueinander) Gemeinwohlorientierung, andere Formen von Demokratie, Abbau von Geschlechterhierarchien und ökonomische Alternativen möglich sind. Folgerichtig fordert auch Ana Esther Ceceña (vgl. 1996: 18) eine Analyse der Bedeutung von Klasse unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen. Zivilgesellschaftliche Heilserwartungen sind angesichts der Ausweitung der Marklogik fehl am Platz. „[D]ie nette Vorstellung vom demokratischen Potential der ‚Zivilgesellschaft‘ bricht sich an den Realitäten der kapitalistischen Gesellschaft.“ (Brand 1997: 158) Das Mißtrauen gegen den Staat teilt die Zivilgesellschaft mit dem Markt, von dem sie droht, vereinnahmt zu werden, indem sie dem Outsourcing sozialer Verantwortung durch den Staat entgegenkommt.

Karl Polanyi (1995: 63f) schreibt im Jahre 1944 in „The Great Transformation“: „Eine Aktion, der es nicht gelingt, eine Entwicklung völlig aufzuhalten, ist deshalb noch keineswegs gänzlich wirkungslos. Das Tempo einer Veränderung ist oft nicht weniger bedeutsam als die Art der Veränderung, denn während die letztere häufig nicht von unserem Willen abhängt, ist es durchaus denkbar, daß die Geschwindigkeit, mit der wir die Veränderung zulassen, sehr wohl von uns abhängt.“

Auch wenn ich der Überzeugung bin, daß es unsere Aufgabe als vernunftbegabte wenn auch deshalb nicht immer vernünftige Wesen ist, Veränderungen von unserem Willen abhängig zu machen, so ist die Referenz auf die Geschwindigkeit aktueller denn je. In einem Zustand, in dem Echtzeitübertragungen, Informationsflut und das Tempo sozialer Veränderungen unsere Vernunft heraus- und oftmals auch überfordern, kann Geschwindigkeit über die Gesellschaftsvertäglichkeit entscheiden. Die Forderung, das Tempo auf den Langsamsten abzustimmen (*caminar al paso del más lento*), sowie die Besinnung auf und Neudefinition des Gemeinwohls oder aktives Sprechen und Zuhören, Poesie, Witz, Geschichten und Tanz als Formen politischen Widerstandes einzusetzen, all dies trifft in revolutionärer Weise den Nerv einer entfesselten Globalisierung, die Geschwindigkeit. Auch Holloway (1997) und Hufschmid (1997 und 2000) verweisen darauf, daß diese Formen des Widerstandes nicht bloß Äußerungsformen oder Nebenerscheinungen, sondern zentrale Elemente des Kampfes der EZLN sind. Selbst wenn konkrete Alternativen noch (?) nicht in Sicht sind, hat die Diskussion das Bewußtsein um die Auswirkungen des Neoliberalismus gestärkt und das Nachdenken um erweiterte und verbesserte Formen von Demokratie angeregt. Vor allem auch für Mexiko kann Öffnung und mehr Freiheit der Artikulation verschiedenster sozialer Organisationen konstatiert werden (vgl. auch Harvey 1999: 199). Die Diskussion um verbesserte Formen von Demokratie müsse nach Ulrich Brand (1997: 165 und 2000: 16) weit über die Perspektive der Zivilgesellschaft hinausgehen und auch ökonomische Angelegenheiten oder das „Private“ mit einbeziehen. Meines Erachtens kann Zivilgesellschaft aufgrund ihrer alltäglichen Erfahrungen einen sehr wichtigen Beitrag dazu leisten, sie jedoch als Rettungsanker und politisch zu konstituierendes Subjekt zu verstehen, um umfassende Handlungsstrategien zu formulieren und umzusetzen, wäre ihrer inneren Vielfalt nicht zuträglich. Ihrem inhaltlichen Beitrag sind keine, ihrem handlungspolitischen aber in diesem Sinne sehr wohl Grenzen gesetzt.

Abstract

One of the political claims of the EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) in the southern Mexican state of Chiapas is the formation of an independent organization of civil society. In this article the Zapatista concept of civil society is explored and the prospects and limits of the realization of this concept in the struggle for democracy are discussed. The objectives of civil society are not per se democratic, just and emancipatory for the rights and situation of women. Civil society as a promising advocate of democratization has to be examined in its relation to state and market forces.

Die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) aus dem mexikanischen Bundesstaat Chiapas forderte wiederholt die Selbstorganisation der Gesellschaft. Der Artikel versucht, das zapatistische Konzept von Zivilgesellschaft zu

skizzieren und die Rolle der Zivilgesellschaft für Demokratisierung auf ihre Möglichkeiten und Grenzen zu hinterfragen. Auch die Beziehungen der Zivilgesellschaft oder ihre Ziele sind nicht a priori demokratisch, gerecht und frauenfördernd. Die Zivilgesellschaft verstanden als Hoffnungsträger tiefgreifender Demokratisierung muß in ihrer Beziehung zu Staat und Markt analysiert werden.

Anmerkungen

- 1 Carlos Monsiváis.
- 2 Alle spanischen Zitate sind von der Autorin übersetzt.
- 3 Zu Geschichte und Hintergrund der EZLN siehe Brand/Cecena (2000), Harvey (1999), Le Bot (1997) und REDaktion (1997).
- 4 Friederike Habermann (1997: 112) bringt die neoliberale Essenz des Menschseins auf den Punkt: „Ich bin produktiv, also bin ich.“
- 5 Zudem wurde schon mehrfach darauf verwiesen, daß der bewußte Einsatz nationaler Symbole als Referenz auf nationale Einheit zu verstehen ist. Das heißt, das die Forderungen für alle gestellt werden, und der Kampf nicht nur chiapanekisch oder nur indigen sein (vgl. Holloway 1997a: 16 oder Habermann 1997: 180).
- 6 Eine umfangreiche Analyse der unterschiedlichen Interpretationen bietet Hufschmid (2000) im selben Band.
- 7 Chiapas ist der Aleph, der Punkt in dem sich Licht und Schatten der gegenwärtigen Welt verdichten/niederschlagen (Bartra 1997: 155).
- 8 Subcomandante Marcos verwies im Interview mit Le Bot (1996: 267) darauf, daß die EZLN Möglichkeiten in der Realpolitik vergeben habe, weil ihre fundamentale Referenz die ethischen Werte seien.
- 9 Hufschmid (2000: 159) ergänzt zu den Definitionsdebatten um Zivilgesellschaft: „Für die EZLN, die ‚zivile Gesellschaft‘ nicht als abstraktes Konzept, sondern vielmehr als konkret erfahrenen Austausch mit Teilen einer – für sie selbst überraschend – interessierten Öffentlichkeit meint, stellt sich das Problem so jedenfalls nicht.“

Literatur

- Bartra, Armando. 1997. „Chiapas, Aleph“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 4*. México, 155–161.
- Brand, Ulrich. 1997. „Die Organisationsfrage auf Zapatistisch. Warum unter ‚Zivilgesellschaft‘ derart Verschiedenes verstanden wird“. In: *REDaktion*. Hg. Chiapas und die Internationale der Hoffnung. Köln, 154–165.
- Brand, Ulrich, Ana Esther Cecena. Hg. 2000. *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster.
- Brand, Ulrich et al. 2000. *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster.
- Cecena, Ana Esther. 1997. „Universalidad de la lucha zapatista. Algunas hipótesis“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 2*. México, 7–19.
- Cecena, Ana Esther. 1997a. „Entrevista con Adelina Bottero, Luciano Salza, Friederike Habermann, Marc Tomsin, Massimo de Angelis y Ulrich Brand. Cómo ve Europa a los zapatistas?“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 4*. México, 111–133.
- Cecena, Ana Esther. 1997b. „Entrevista con Adriana López Monjardín, Carlos Manzo y Julio Moguel. La sociedad civil y el EZLN“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 4*. México, 135–154.

- Cecea, Ana Esther. 1998. „De cómo se construye la esperanza“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas* 6. México, 135–147.
- Gramsci, Antonio. 1991. *Gefängnishefte*. Band 6, Philosophie der Praxis. Hg. von Wolfgang Fritz Haug. Hamburg.
- Gelman, Juan. 1998. „Nada que ver con las armas“. Entrevista exclusiva con el subcomandante Marcos“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas* 3. México (primera reimpression), 127–137.
- Habermann, Friederike. 1997. „Nach dem Ende der Geschichte wird gemacht Neoliberalismus als Strategie“. In: REDaktion. Hg. *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln, 103–114.
- Harvey, Neil. 1999. *The Chiapas Rebellion. The Struggle for Land and Democracy*. Durham/London, Second Printing.
- Holloway, John. 1997a. „La revuelta de la dignidad“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas* 5. México, 7–40.
- Holloway, John. 1997b. „Mit der Wahrheit bewaffnet. Der Begriff der Macht und die Zapatistas“. In: REDaktion (Hg.). *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln, 147–153.
- Holloway, John. 1998. „La resonancia del zapatismo“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas* 3. México (primera reimpression): 43–54.
- Hufschmidt, Anne. 1997. „Die Wortergreifung. Notizen einer Diskursquerilla“. In: REDaktion. Hg. *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln, 137–146.
- Hufschmidt, Anne. 2000. „Spinnen im Netz“. In: Brand, Ulrich/Cecena, Ana Esther. Hg. *Reflexionen einer Rebellion*. Münster, 136–176.
- EZLN. 1994. *Documentos y comunicados* 1. México.
- EZLN. 1995. *Documentos y comunicados* 2. México.
- EZLN. 1998. *Documentos y comunicados* 3. México (primera reimpression).
- Le Bot, Yves. 1997. *Subcomandante Marcos. El sueño zapatista*. Barcelona.
- Monsiváis, Carlos. Marcos „gran interlocutor“. <http://www.jornada.unam.mx/0001/ene01/010108/004n1pol.html>, 19.1.2001.
- Nolasco, Patricio. 2000. „Staat, Macht, Zivilgesellschaft und Demokratie“. In: Brand, Ulrich, Ana Esther Cecena. Hg. *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster, 216–240.
- Rajchenberg, Enrique, Catherine Héau-Lambert. 1996. „Historia y simbolismo en el movimiento zapatista“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas* 2. México, 41–57.
- Polanyi, Karl. 1995. *The Great Transformation*. Frankfurt am Main, 3. Aufl.
- Sauer, Birgit. 2001. *Zivilgesellschaft versus Staat? Geschlechtskritische Anmerkungen zu einer problematischen Dichotomie*. Wien (Vortragsmanuskript).
- Scheider, Andreas. 1996. „Die zivile Gesellschaft und der wilde Staat. Versuch einer Zwischenbilanz“. In: Kolland, Franz et al. Hg. *Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Wien, 235–247.
- Semo, Enrique. 1996. „El EZLN y la transición a la democracia“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas* 2. México, 59–74.
- Winter, Jens. 1997. „Polit-Konjunkturen und effektive Konzeptlosigkeit. Wieso fasziniert die ‚indigene Tradition‘ süd-mexikanischer Bauern?“ In: REDaktion (Hg.). *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln, 166–177.

Petra Purkarthofer, Institut für Politikwissenschaften,
Währingerstraße 17, A-1090 Wien
e-mail: petra.purkarthofer@univie.ac.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 193–199

Joachim Becker

Der progressive erweiterte Staat: Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre

Porto Alegre fand große internationale Aufmerksamkeit mit dem 1. Weltsozialforum im Jänner 2001. Dass gerade diese Stadt als Veranstaltungsort ausgewählt wurde, war kein Zufall. Porto Alegre hatte in den 90er Jahren mit einer innovativen Stadtpolitik internationales Renommee gewonnen. Im Mittelpunkt dieser Politik stand eine partizipative Form der Budgeterstellung. Das Budget ist aber der materielle Kern des Staates, da ohne Steuereinnahmen keine Staatstätigkeit möglich ist. Damit rückte Budgetpolitik als politische Gesamtstrategie und nicht bloß einzelne sektorale Maßnahmen ins Zentrum der Politik. Über das partizipative Budget erhielten sowohl der lokale Staat als auch dessen erweitertes zur Zivilgesellschaft eine neue Form. Die Veränderungen dieses erweiterten Lokalstaats, der Staat und Zivilgesellschaft umfasst, sowie die Grenzen des progressiven Staatsprojekts im Süden Brasiliens will ich in das Zentrum dieses Diskussionsbeitrags stellen.

1. Staat und Zivilgesellschaft als Konfliktfelder

Der Begriff des erweiterten Staates ist von Antonio Gramsci geprägt worden. Der erweiterte Staat umfasst „(...) zwei große ‚Ebenen‘ von Überbauten (...), jene, die man ‚Zivilgesellschaft‘ nennen kann, d.h. die Gesamtheit von Organisationen, die gemeinhin privat genannt werden, und jene der ‚politischen Gesellschaft oder des Staates‘. Die erste Ebene entspricht der ‚hegemonialen‘ Funktion, welche die herrschende Gruppe über die gesamte Gesellschaft ausübt, und die andere Funktion der ‚direkten Herrschaft‘ oder des Kommandos, welche sich im Staat und in der ‚juristischen‘ Regierung ausdrückt“ (Gramsci 1971: 12). In der Zivilgesellschaft ringen unterschiedliche soziale Kräfte nicht nur um konfigrierende Gesellschaftsprojekte, sondern auch um die konkrete Ausprägung der Staatlichkeit. Denn auch die Gestaltung der Zugangskanäle zu staatlichen Entscheidungszentren, das Parteiensystem, das Verhältnis von Legislative und Exekutive, die Kompetenzverteilung zwischen lokaler, nationaler und internationaler Staatlichkeit haben zentralen Einfluss darauf, welche zivilgesellschaftlichen Kräfte den staatlichen Sanktus für ihre Vorhaben erhalten können. Einen strukturellen Vorteil gegenüber anderen sozialen Klassen hat jedoch immer die Kapitaleseite. Denn der Staat ist materiell-fiskalisch vom guten Gang der Gesellschaften abhängig. Denn nur so können die Steuereinnahmen üppig fließen.